

Unsere Mannschaft für den Stadtrat:



v.l.n.r. Lothar Mehlhose, Ingmar Schneider, Stephan Stritter, Karsten Sieling, Alexander Fräble, Arne Custer, Cornelius Persdorf und weitere 20 Kandidatinnen und Kandidaten.

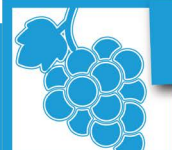
Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch eine Spende!

AfD KV Mainz | IBAN: DE68 5519 0000 0872 390018

Unser Schatzmeister erstellt Ihnen gerne eine Quittung mit der Sie Ihre Spende steuerlich absetzen können.

AfD Mainz
Postfach 38 12
55028 Mainz

Tel. 0 61 31/ 48 63 810
E-mail: info@afd-mainz.de
www.afd-mainz.de



KOMMUNAL -
WAHL 2019

AfD

V.i.S.d.P. AfD-KV Mainz, Sebastian Münzenmaier, Schusterstr. 22, 55116 Mainz

Wohnbebauung:

Wir fordern eine ausgewogene und am sozialen und architektonischen Umfeld orientierte Bebauung neuer oder frei werdender Bauflächen. Mainz braucht weder neue Wohnsilos noch in Beton gegossene soziale Brennpunkte!

Neubauvorhaben müssen sich in ihrer Gestalt und Funktion an der Umgebung orientieren. In neuen Baugebieten ist auch die Wohnform des Einfamilienhauses (Doppelhaushälften, Reihenhäuser) angemessen zu berücksichtigen, um auch jungen Familien den Wunsch vom Eigenheim in ihrer Heimatstadt zu ermöglichen. Nachverdichtung darf den Bestand nicht schädigen, Eigentum entwerten und gewachsene Strukturen zerstören.

Die AfD fordert:

- Nachverdichtungen sollen nur erfolgen dürfen, sofern der Charakter des Wohngebietes dadurch nicht nachhaltig verändert wird. Auf die berech-

tigten Interessen der Bewohner ist Rücksicht zu nehmen.

- Baurecht muss in gleicher Weise für alle gelten. Ein Unternehmen (privat oder städtisch) darf nicht mehr Rechte haben als ein privater Bauherr.
- Sicherung von Freiflächen im Innenstadtbereich.
- Zuzugsstopp von Asylbewerbern und Flüchtlingen u.a. wegen der angespannten Wohnraumsituation im Stadtgebiet.
- Freigabe nichtgenutzter Flüchtlingsunterkünfte für den freien Wohnungsmarkt.
- Es soll mit Hilfe der städtischen Wohnungsbau-gesellschaft preiswerter Wohnraum geschaffen und erhalten werden.
- Die Spitzenpositionen in städtischen Wohnungs-bauunternehmen sind mit Fachpersonal zu besetzen (die Wohnbau Mainz GmbH ist keine Versorgungsanstalt für ehemalige Kommunalpolitiker).

Verkehr / ÖPNV / Infrastruktur:

Da die Umweltzonen nachweislich keine Verringerung der Schadstoffbelastung bewirkt haben, fordern wir die Aufhebung der Umweltzone in Mainz. Bürgern soll der Zugang zur Innenstadt nicht unnütz erschwert werden.

Um Feinstaubbelastung wirkungsvoll zu verringern, fordern wir Alternativen wie z.B. die einfache Nassreinigung der Mainzer Straßen im Sommer.

Wir sind für bessere Radwege in Mainz, treten aber auch dem „Wildwest-Fahrstil“ von Fahrradfahrern entgegen. Wir sind zudem gegen die häufig zu leichtfertige Hergabe von Parkplätzen in der Neustadt zu Gunsten des Mietradprogramms der Stadtwerke. Die Standortauswahl für die Mietstationen soll sach-

bezogen, die Bedürfnisse aller Betroffenen abwägend und vor allem ideologiefrei erfolgen. Die AfD fordert:

- Abschaffung der sinnfreien und grün-ideologischen Umweltzonen.
- Keine Dieselfahrverbote im Stadtgebiet.
- Die City-Bahn Pläne Mainz-Wiesbaden unterstützen wir unter der Bedingung, dass zuerst ein dringend notwendiger zusätzlicher Brückenbau erfolgt, um einen drohenden Verkehrsinfarkt während der Bauphase zu verhindern.
- Keine weitere Reduzierung des ÖPNV-Streckennetzes und verbesserte Kurzstreckentarife.

- Nachrüstung von Dieselnissen und Neuanschaffung von Bussen mit umweltfreundlicher Antriebstechnik.
- Umsetzung einer „Grünen Welle“-Ampelschaltung im Stadtgebiet.
- Abschaffung von Tempo-30-Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Hauptstraßen (z.B. Rheinstraße).
- Fundiertes Baustellenmanagement statt Dauer-

baustellen und Staus.

- Beschleunigter Ausbau der Vorlandbrücke A 643 als Zubringer der Schiersteiner Brücke sowie sofortiger sechs- spuriger Ausbau der Schiersteiner Brücke bis zum Mainzer Dreieck A60.
- Sechsspüriger Ausbau der A60 (Ring).
- Ausbau der Rheinhessenstraße im Bereich Hechtsheim/ Ebersheim zur Verhinderung von Dauerstaus.

Parkgebühren und Zentrenkonzept:

Die Parkgebühren in der Mainzer Innenstadt gehören mittlerweile zu den höchsten in ganz Deutschland. Das kann so nicht weitergehen!

Die AfD fordert:

- Parkgebühren in Mainz senken, um die Attraktivität der Einkaufsmöglichkeiten im Stadtzentrum gegenüber dem Online-Handel und den Einkaufszentren im Stadtumland zu erhöhen. An Preisgestaltung und Finanzierung kann der Einzelhandel ggfs. in angemessener Form beteiligt werden.

Neuregelung des Flugverkehrs und Lärmschutz:

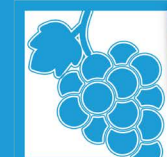
Wir setzen uns für eine sinnvolle Neuregelung des Flugverkehrs ein, um die Bürger in unserer Heimatstadt Mainz mittel-, und langfristig zu entlasten. Die AfD fordert:

- An vorderster Stelle soll die Optimierung der Flugrouten unter Beachtung der jeweiligen Bevölkerungsdichte stehen.
- Deshalb drängen wir auf die Einhaltung der 5-Knoten-Regelung, die Mainz im beschränkten Maße gegen Anfluglärm schützt.

- Wir befürworten die Begrenzung der Flugbewegungen in FRA auf 440.000 pro Jahr, eine Änderung der Anflugverfahren wie auch eine steuernde Spreizung der Lande-Entgelte in Abhängigkeit von der jeweiligen Lärmbelastung.
- Die Einhaltung eines Nachtflugverbotes von 22 bis 6 Uhr ist uneingeschränkt durchzusetzen und zu garantieren.

Programm zur Stadtratswahl 2019

Für alle Mainzer
und unsere Stadt!



KOMMUNAL -
WAHL 2019

AfD

Jetzt Mitglied werden!
www.afd-mainz.de

Die AfD wird ihr Handeln in unserer Heimatstadt Mainz konsequent auf den Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität für alle Mainzer ausrichten. Unser Ziel ist die Steigerung der Attraktivität des Standortes Mainz für Bürger, Firmen und Besucher. Mainz gehört seinen Bürgern und keinen Parteien oder Koalitionen! Daher: Mehr direkte Demokratie für Mainz! Die AfD tritt der Überschuldung unserer Stadt konsequent entgegen.

Innenstadt stärken! Mainz braucht ein für Bewohner wie für Besucher attraktives Zentrum als Herz einer sich dynamisch entwickelnden Stadt mit großer Tradition. Die Lebensqualität der Mainzer wird massiv durch Fluglärm beeinflusst. Zugleich profitiert das gesamte Rhein-Main-Gebiet von seiner zentralen Lage am Luftkreuz.

Es muss ein umfassender Interessensausgleich erfolgen, bei dem der Mensch im Mittelpunkt zu stehen hat! Flugverbot von 22 bis 6 Uhr, denn Nachtruhe ist ein Bürgerrecht!

Städtische Betriebe sollen dem Bürgerwohl und wirtschaftlichem Handeln verpflichtet sein. Sie haben strikt der langfristigen Absicherung kommunaler Grundaufgaben zu dienen und dürfen nicht zur Beute klammer Haushalte werden. Sie sind weder Orte, um Schulden oder Liquidität zu verstecken, noch Versorgungsanstalten für kommunale Politiker.

Mehr direkte Demokratie:

Bürger sollen in alle relevanten Entscheidungsprozesse in Mainz direkt mit einbezogen, werden. Der erste Bürgerentscheid zum Bibelturm ist ein Vorbild für weitere Bürgerbeteiligungen!

Dies gilt insbesondere bei drohenden Eingriffen in die Lebensumwelt der Bürger an zentralen Stellen der Stadt und der Ortsteile und zwingend für Großprojekte. Die AfD fordert:

Sie bewirtschaften die Infrastruktur und sind das organisatorische und logistische Herz der Stadt. Mainz bleibt Mainz!

Gemeinsam glücklich, zufrieden und sicher in unserer Heimatstadt leben! Wer bei uns Schutz vor Verfolgung sucht oder mit und bei uns leben möchte und unser Mainz weiter voranbringen will, weil er unsere Tüchtigkeit, Lebensart und Kultur schätzt, ist uns willkommen!

Das gute friedliche Miteinander von Migranten und Einheimischen im Zeichen einer Mainzer Lebensart liegt uns am Herzen.

Integration setzt die Bereitschaft zur Integration bei Zuwanderern voraus. Nur dann kann Integration erfolgreich sein.

Die Probleme in den Herkunftsländern müssen primär durch die Menschen, Regierungen und Hilfen vor Ort gelöst werden. Ungebremste Armutszuwanderung schafft genauso unlösbare Probleme im Zusammenleben wie fehlender Respekt der Migranten vor den Gastgebern oder dumpfe Fremdenfeindlichkeit.

Wir benennen bestehende Probleme im Zusammenleben zwischen Einheimischen und Migranten offen. Tabu verhindern Lösungen, heizen bestehende Konflikte an, sind unehrlich und ignorant!

- Hürden für Einwohneranträge und Bürgerentscheide herab setzen.
- Entscheidungskompetenzen der Ortsbeiräte erweitern.
- Grundsätzliche Einwohnerversammlungen bei relevanten städtischen Bauvorhaben.
- Volksabstimmung zu Rückgliederung der AKK-Gemeinden (Amöneburg, Kostheim, Kastel).

Unsere Forderungen und Ziele für Mainz im Detail:

Ordnung und Sicherheit:

Wichtige Voraussetzung für ein sicheres Leben und Wirtschaften in der Landeshauptstadt ist neben einer modernen und funktionierenden Infrastruktur und einer effizienten Verwaltung vor allem die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit!

Die AfD fordert:

- Eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Ordnungsbehörden.
- Der Polizeiberatungsladen muß wieder in der Fußgängerzone der Innenstadt angesiedelt werden.
- Videoüberwachung von Kriminalitäts- und Drogenschwerpunkten zur Prävention und Beweissicherung.

Städtische Finanzen:

Mainz hat über eine Milliarde Euro Schulden. Wir fordern das Anbringen einer Schuldenuhr am Rathaus! Damit soll eine zusätzliche Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der politisch Verantwortlichen erfolgen und vor allem Transparenz hinsichtlich der Schuldenlast der Mainzer Kommune geschaffen werden. Schulden bedrohen unsere Zukunft. Verdrängen gilt nicht länger.

Die AfD fordert:

- Konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips (wenn Bund und Land Gesetze beschließen, müssen diese sie auch finanzieren).
- Verzicht auf Prestigebauten und überbeuerte Luxussanierungen.
- Städtische Subventionen in Millionenhöhe (z.B. 12 Mio. €/Jahr für das Staatstheater) müssen wesentlich reduziert werden.
- Konzentration auf die Pflichtleistungen und Ab-

- Die Erweiterung der personellen Präsenz von Ordnungskräften in der Stadt und den Stadtteilen.
- Mehr Sauberkeit! Der Vermüllung des Stadtbildes ist durch städtische Programme und konsequentes Handeln der Ordnungsbehörde entgegen zu wirken.
- Die Arbeit der Ordnungskräfte soll der Verbesserung von Ordnung und Sicherheit dienen und nicht der Finanzierung der klammen Stadtkasse.
- Generelle Altersüberprüfung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge durch zuständige städtische Ämter.
- Konsequente Abschiebung nichtdeutscher Straftäter durch die zuständige Ausländerbehörde.

senkung der freiwilligen Leistungen auf das Notwendige.

- Zahlungsverpflichtungen der Stadt und stadtnaher Betriebe und Unternehmen sind fristgerecht zu erfüllen.
- Verkleinerung des Stadtvorstandes durch Einsparung mindestens einer Dezernentenstelle (Kosteneinsparung über 100.000,- € im Jahr).
- Keine vorgezogenen Besoldungserhöhungen für Oberbürgermeister und Dezernenten (wie bereits geschehen).
- Mehr Landesmittel, insbesondere für kommunale Investitionen.

Kommunale Steuern:

Wir fordern eine Senkung der Steuerlast für die Mainzer Bürger und die Wirtschaft. Damit soll die Standortattraktivität gesteigert und Arbeitsplätze gesichert werden.

Von einer hohen Wirtschaftskraft in der Landeshauptstadt profitiert der Haushalt der Stadt unmittelbar und vor allem nachhaltig!

Überhöhte kommunale Steuern setzen eine Abwärts Spirale in Gang, an deren Ende alle verlieren!

Modernisierung der städtischen Verwaltung:

Die Stadt wird ihre Aufgaben vor dem Hintergrund steigender Personalkosten und zunehmender Personalverknappung mittel- und langfristig nur lösen können, wenn sie ihre Verwaltung konsequent modernisiert.

Die AfD fordert:

- Eine durchgängige Modernisierung der städtischen Verwaltung.
- Hauptmittel dafür ist die konsequente Einführung automatisierter Prozesse. Die sich daraus ergebende Effizienzsteigerung wirkt zum einen der zunehmenden Verknappung von Fachpersonal entgegen, zum anderen kann so mittelfristig eine

Digitalisierung:

Mainz muß als Landeshauptstadt seiner Vorreiterrolle gerecht werden. Das gilt im besonderen Maße für die Digitalisierung. Stadt- und Landesregierung haben durch ihr blindes Vertrauen in die Telekommunikati-

Die AfD fordert:

- Die Gewerbesteuer ist nicht weiter zu erhöhen.
- Die Grundsteuer B und die Hundesteuer (eine der höchsten im Bundesgebiet) sind zu reduzieren.
- Eine Reform der Grundsteuer darf nicht zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen genutzt werden.
- Die wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge sind abzuschaffen. Das Land Rheinland-Pfalz sollte die Einnahmeausfälle pauschal ausgleichen.

signifikante Entlastung des städtischen Haushaltes erreicht werden, weil so überhaupt erst die Voraussetzungen für einen sinkenden Personaleinsatz geschaffen werden.

- Diese „Digitalisierung“ der Verwaltung, unter Berücksichtigung des Datenschutzes, schafft auch die Voraussetzungen für mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung, indem den Bürgern auch lesend Zugriff auf das Verwaltungshandeln gewährt werden kann. Mehr Transparenz ist mehr Demokratie!
- Arbeitnehmerfreundliche Öffnungszeiten der Verwaltung.

onsunternehmen den Glasfaserausbau verschlafen! Das macht Mainz für Unternehmensansiedlungen unattraktiv.

Die AfD fordert:

- Umgehender flächendeckender Ausbau von Glasfaseranschlüssen (FTTC) im gesamten Stadtgebiet.
- Kostenloses WLAN (Hotspots) in allen öffentlichen Gebäuden und Plätzen.

Heimat und Kultur:

Getreu unserem Motto „WIR sind hier zu Hause“ machen wir es uns zur Aufgabe, die kulturelle Identität unserer Heimat zu bewahren. Mainz kann stolz sein auf eine über zweitausendjährige Geschichte.

Die AfD fordert:

- Heimische Vereine sind stärker finanziell und strukturell zu unterstützen (z.B. durch Proberäume etc.).
- Die Identität, die kulturelle Prägung und das Stadtbild unserer Heimatstadt müssen erhalten

Familienfreundliches Mainz:

Kinder sind die Zukunft unserer Stadt. Daher liegen uns die jungen Mainzer besonders am Herzen. Familienfreundlichkeit ist ein wichtiger Standortfaktor.

Die AfD fordert:

- Verpflichtung von Trägern der Jugendarbeit zur Verfassungstreue (keine islamistische KiTA finanziert mit Steuermitteln).
- Keine Frühsexualisierung in Mainzer Kindergärten und Horten.
- Neubau und die Sanierung von Spielplätzen im Mainzer Stadtgebiet. Diese müssen kindgerecht gestaltet sein und bei Planung und Umsetzung sowohl Kinder und Eltern als auch Anwohner ein-

- Konsequenter Ausbau der digitalen städtischen Infrastruktur bei Sanierungen und Neubauten (z.B. durch das Verlegen von Leerrohren für Glasfaser).
- Vergabeverfahren und Förderungen müssen vereinfacht werden.

bleiben (kein Bau repräsentativer Moscheen mit Minarett etc.).

- Kulturelle und historische Schätze von Mainz sind tourismusfördernd zu präsentieren und zu vermarkten.
- Keine Schließung von Museen und Bibliotheken, sondern Renovierung und Sanierung sowie zeitgemäßer Ausbau.
- Gedenken an die Mainzer Opfer der Weltkriege ist aufrecht zu erhalten und präsenter zu gestalten.

gebunden werden. Zur Entlastung der städtischen Kasse sollte immer die Mitfinanzierung durch Sponsoren und Fördervereine geprüft werden.

- Die Erhaltung und den zweckdienlichen Ausbau der Jugendzentren.
- Eine bedarfsgerechte Betreuung von Kindern, welche flexibel auf die Bedürfnisse der Eltern ausgerichtet ist und berufs- und familienfreundliche Öffnungszeiten bietet.
- Das Angebot von tageweiser Kinderbetreuung in Ganztageseschulen, das auch für Eltern mit Teilzeitarbeit angeboten werden soll.